



Behördenvermerk - Posteingang

Anschrift der Empfängerbehörde

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach der Richtlinie über die Gewährung von Niederlassungsbeihilfe für Junglandwirte
(RL Niederlassungsbeihilfe Junglandwirte - FP 8501)**

Zutreffendes bitte ankreuzen <input checked="" type="checkbox"/> oder ausfüllen!													
1. Antragsstellender													
EU-Betriebsnummer (BNRZD, 12stellig)	Eingang im PEP registriert 500 = Antrag 511 = Änderungsantrag												
<table border="1"> <tr> <td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td> </tr> </table>													
Name, Vorname des Junglandwirts	Anzahl der Anlagen												
Betriebs-/ Unternehmensbezeichnung													
Straße und Hausnummer (Betriebssitz)													
Stadt/ Einheits-/Verbandsgemeinde													
Unternehmensform													
<input type="checkbox"/> Einzelunternehmen <input type="checkbox"/> GmbH <input type="checkbox"/> KG <input type="checkbox"/> GbR/ OHG <input type="checkbox"/> GmbH & Co. KG <input type="checkbox"/> Sonstiges: _____													
1.1 Angaben zum Junglandwirt													
Name, Vorname													
Geburtsdatum													
Straße und Hausnummer (Hauptwohnsitz)													
Postleitzahl	Wohnort												
Stadt/ Einheits-/Verbandsgemeinde													

1.2 Erklärung des Junglandwirtes zur wirksamen und langfristigen Kontrolle

Zeitpunkt der ersten Niederlassung/der Übernahme der wirksamen Kontrolle, des unter Nr. 1 angegebenen Unternehmens (Nachweis erforderlich).	Datum
---	-------

Hiermit erklärt der Junglandwirt, dass er über die wirksame und langfristige Kontrolle im antragstellenden Unternehmen in Bezug auf die Kriterien Betriebsführung, Gewinne und finanzielle Risiken verfügt.

Nachweis/e ist/sind beigefügt

1.3 Antragstellerstammdaten

Das aktuell gültige Formular „Antragstellerstammdaten“ ist beigefügt.

Das aktuell gültige Formular „Antragstellerstammdaten“ wurde bereits eingereicht.

Hinweis: Das Formular Antragstellerstammdaten ist mit dem ersten Antrag für Fördermaßnahmen des EGFL oder ELER im Kalenderjahr einzureichen.

1.4 Angaben zum Berater (sofern vorhanden)

Name, Vorname

Betriebsbezeichnung

Anschrift

Telefon	Mobil
---------	-------

E-Mail

2. Antrag auf Projektförderung

Dieser Antrag betrifft

die erstmalige Antragstellung für das Vorhaben.

die Änderung eines bislang nicht bewilligten Antrages.

die Änderung eines durch Zuwendungsbescheid bewilligten Antrages,

Aktenzeichen: _____

Für das hier dargestellte Vorhaben wird eine pauschale Niederlassungsbeihilfe im Rahmen der oben genannten Richtlinie beantragt. Das Vorhaben beginnt mit der Umsetzung des Geschäftsplanes.

Geplanter Start der Umsetzung des Geschäftsplanes

am

3. Angaben zum Vorhaben

Kurzbezeichnung des Vorhabens

Niederlassung _____ (Name, Vorname)

3.1 Darstellung des Vorhabens und der Notwendigkeit der Förderung

Beschreibung des Ist-Zustandes, welche Ziele sollen erreicht werden, welche Wirkungen sind zu erwarten, Angaben zum Zeitplan, Dringlichkeit, Konzeption, ggf. Verbindung zu anderen Vorhaben.

Anlage(n) ist/sind beigefügt

3.2 Andere öffentliche Förderungen für dieses Vorhaben

Werden oder wurden für dieses Vorhaben andere öffentliche Förderungen beantragt oder gewährt?

nein ja

Wenn ja, welche?

Förderprogramm	Jahr	beantragt	bewilligt
Darlehensprogramm für Junglandwirte		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bürgschaftsprogramm für Junglandwirte		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anlage(n) ist/sind beigefügt

4. Beteiligungen und Gesellschafter

4.1. Das antragstellende Unternehmen ist ein eigenständiges Unternehmen. Es bestehen weder Beteiligungen des antragstellenden Unternehmens oder dessen Gesellschaftern an anderen Unternehmen, noch sind andere Unternehmen am antragstellenden Unternehmen beteiligt.

ja nein Wenn ja, weiter mit 5.

4.2 Gesellschafter des antragstellenden Unternehmens

Alle Beteiligungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind nachfolgend aufzuführen.

BNRZD (12stellig)	Gesellschafter (Name bzw. Unternehmensbezeichnung)	Anschrift	Gesellschaftsanteil (%)

Gesonderte Anlage/n ist/sind beigefügt

4.3 Beteiligung des antragstellenden Unternehmens oder dessen Gesellschafter an anderen Unternehmen

Alle Beteiligungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind nachfolgend aufzuführen.

BNRZD (12stellig)	Unternehmensbezeichnung	Anschrift	Gesellschaftsanteil (%)

Die Besitz- und Beteiligungsverhältnisse der Unternehmen (einschließlich des Antragstellers) sind mit Hilfe eines detaillierten Organigramms (gesellschaftsrechtliche Beteiligungen namentlich und mit Prozentangabe; unter Angabe der Schwellenwerte, wie Mitarbeiterzahl, Jahresumsatz, Jahresbilanzsumme; auch weitere Beteiligungen der Gesellschafter an anderen Unternehmen darzustellen.

Gesonderte Anlage/n ist/sind beigefügt

5. Anlagen (soweit erforderlich)

5.1 Diesem Antrag sind folgende Anlagen beigelegt:

<input type="checkbox"/>	Altersnachweis (Kopie des gültigen Personalausweises)
<input type="checkbox"/>	Nachweis über die berufliche Qualifikation des Junglandwirts
<input type="checkbox"/>	Lebenslauf und Tätigkeitsnachweise
<input type="checkbox"/>	Nachweis erstmaliger Niederlassung in den letzten 24 Monaten vor Antragsstellung, durch Informationen oder Bescheinigungen des InVeKoS, Sozialversicherungsträger, Finanzamt, Pacht- und/oder Kaufverträge
<input type="checkbox"/>	Nachweis der Anmeldung beim Finanzamt
<input type="checkbox"/>	Nachweis: wirksame Unternehmenskontrolle des Junglandwirts (vgl. Merkblatt) nach Nr. 1.2
<input type="checkbox"/>	Geschäftsplan (Vordruck), wird zusätzlich auch elektronisch übersendet
<input type="checkbox"/>	Ermittlung Standardoutput und normativer Arbeitszeitbedarf (Vordruck)
<input type="checkbox"/>	Buchführungsabschlüsse, sofern vorhanden
<input type="checkbox"/>	Vorhabensbeschreibung nach Nr. 3.1
<input type="checkbox"/>	Nachweis andere öffentliche Förderungen nach Nr. 3.2.
<input type="checkbox"/>	Unternehmensbeteiligungen nach Nr. 4.2 und Nr. 4.3: vom Steuerberater/ Wirtschaftsprüfer bestätigte Liste der Gesellschafter des antragstellenden Unternehmens und deren Gesellschaftsanteil am antragstellenden Unternehmen und Beteiligung des antragstellenden Unternehmens oder dessen Gesellschafter an anderen Unternehmen
<input type="checkbox"/>	KMU-Erklärung (Vordruck)
<input type="checkbox"/>	Eigentumsnachweise (Grundbuchauszug) und Nutzungsberechtigungen, auch für Gebäude und Betriebsgrundstücke
<input type="checkbox"/>	vorliegende Einkommensteuerbescheide der letzten drei Jahre/ Nichtveranlagungsbescheinigung (vgl. Merkblatt)

5.2 Weitere Anlagen

<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/>	

6. Erklärungen

- Hiermit bestätigt der Antragstellende, dass die nachfolgenden Erklärungen wahrheitsgemäß abgegeben worden sind und die unten genannten Hinweise zur Kenntnis genommen worden sind.

Der Antragsstellende erklärt, dass

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist.
- die Gewähr einer ordnungsgemäßen Verwendung gesichert ist.
- über das Vermögen/Unternehmen des Antragstellenden zum Zeitpunkt der Antragstellung kein Gesamtvollstreckungsverfahren/Insolvenzverfahren eröffnet ist oder beantragt wurde,
- (nur bei Antragstellern ohne eigene Rechtspersönlichkeit:) dass die den Antrag unterzeichnende Person für die sachgerechte Verwendung der Zuwendung haftet.
- das Unternehmen einem Kleinstunternehmen bzw. kleinen Unternehmen entsprechend der EG-Definition der Kleinstunternehmen, kleinen oder mittleren Unternehmen (KMU) entspricht (Anhang I Art. 2 der Verordnung (EU) Nr. 2022/2472 (ABl. L 327 vom 21.12.2022, S. 1).
- das Unternehmen keine Aktiengesellschaft ist.
- das Unternehmen die in § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte (ALG) genannte Mindestgröße erreicht oder überschreitet.
- die Umsatzerlöse des Unternehmens zu mehr als 25 % aus pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen, die aus der Bodenbewirtschaftung oder mit der Bodenbewirtschaftung verbundenen Tierhaltung gewonnen werden, resultieren (siehe Anlage Berechnung der Umsatzerlöse), bzw. das Unternehmen ein Unternehmen der Wanderschäferei oder Imkerei ist.
- die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand nicht mehr als 25 % des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt.
- in dem fünfjährigen Bewilligungszeitraum die Umsetzung des Geschäftsplans und die Bewirtschaftung des Unternehmens mit dem angegebenen Arbeitskraftbedarf sichergestellt wird.
- **ab dem Zeitpunkt der Bewilligung für die Dauer von 10 Jahren**
 - **die landwirtschaftliche Tätigkeit und Ausübung der wirksamen Kontrolle, gem. Nr. 3 der oben genannten Richtlinie, im Unternehmen fortgesetzt wird.**
 - **eine unverzügliche Mitteilung in folgenden Fällen gegenüber der Bewilligungsbehörde erfolgt: Eigentümerwechsel, Gesellschafterwechsel, Änderung der wirksamen Kontrolle, Hinzutritt neuer Gesellschafter im Unternehmen oder Betriebsaufgabe.**

Dem Antragsstellenden ist bekannt, dass

- das Formular „Antragstellerstammdaten“ für Beihilfen und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL/ELER finanziert werden, einschließlich seiner erforderlichen Anlagen unverzichtbarer Bestandteil des Förderantrags ist und Änderungen der Antragstellerstammdaten und des Förderantrags unverzüglich bei der zuständigen Behörde anzuzeigen sind.
- die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann.
- alle Angaben im Antrag nachweisbar sein müssen.
- eine nachhaltige Unternehmensgründung vorliegen muss und die Bewilligungsbehörde berechtigt ist, sich hiervon im laufenden Verfahren zu überzeugen.
- vorhabenbezogene Daten des Unternehmens zum Zweck der Evaluierung ausgewertet werden.
- die aus dem Antrag zur Niederlassungsbeihilfe Junglandwirte ersichtlichen personen- und unternehmensbezogenen Daten dem Gutachterausschuss gemäß Richtlinie zur Anhörung vorgelegt werden.

Der Antragsstellende erklärt, dass

- die Antragstellung innerhalb eines Zeitraums von 24 Monaten nach der erstmaligen Niederlassung erfolgt ist.
- der Inhalt der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen Niederlassungsbeihilfe Junglandwirte in der jeweils gültigen Fassung bekannt und in der zuständigen Behörde bzw. unter <https://www.elaisa.sachsen-anhalt.de/> eingesehen wurde.
- der Inhalt des Merkblatts zur Niederlassungsbeihilfe Junglandwirte bekannt ist.
- der Inhalt des Merkblatts KMU bekannt ist.
- der Standardoutput des Betriebes zum Zeitpunkt der Antragstellung mindestens 25.000 Euro pro Jahr und 850.0000 Euro beziehungsweise im Fall von spezialisierten Ackerbaubetrieben 600.000 Euro nicht überschreitet.
- der Tierbestand im Unternehmen höchstens 2,0 Großvieheinheiten je Hektar selbstbewirtschafteter Fläche beträgt und diese Grenze über den gesamten Bewilligungszeitraum eingehalten wird.
- die Grenze der positiven Einkünfte (Prosperitätsgrenzen) des Antragstellenden und seines Ehegatten im Durchschnitt der letzten drei vorliegenden Steuerbescheide 170 000 Euro je Jahr bei Ledigen und 220 000 Euro je Jahr bei Verheirateten zum Zeitpunkt der Bewilligung nicht überschritten wurde.
- die in diesem Antrag, den dazugehörigen unverzichtbaren und anderen Bestandteilen sowie den beigefügten Anlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind.

7. Einverständniserklärung: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Aufgrund des besonderen Interesses der Presse an dieser Maßnahme kommt es wiederholt zu Anfragen aus der Presse, die über Vorhaben von Junglandwirten berichten wollen.

Der Antragstellende erklärt

- sich damit einverstanden, das Vorhaben pressewirksam zu veröffentlichen.
- sich nicht damit einverstanden, das Vorhaben pressewirksam zu veröffentlichen.

Diese Angabe kann jederzeit widerrufen werden und hat keine Auswirkung auf die Förderung.

Hinweis: Die europäischen Transparenzvorschriften bleiben von dieser Erklärung unberührt.

8. Kenntnisnahmen

Dem Antragsstellenden ist bekannt, dass

- die Antragstellerstammdaten für Beihilfen und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL/ELER finanziert werden, einschließlich der erforderlichen Anlagen unverzichtbarer Bestandteil des Förderantrags sind und Änderungen der Antragstellerstammdaten und des Antrags unverzüglich bei der zuständigen Behörde anzuzeigen sind.
- die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann.
- alle Angaben im Antrag nachweisbar sein müssen.
- er als Zuwendungsempfänger die Anforderungen hinsichtlich Information, Öffentlichkeitsarbeit und Sichtbarkeit gemäß des Anhangs III, Nr. 2 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/129 einzuhalten hat. Hierzu sind Form und Inhalt der Information von der Bewilligungsbehörde dem Zuwendungsempfänger gemäß der „Gestaltungsleitlinien für die Kommunikations- und Sichtbarkeitsmaßnahmen zur Umsetzung des GAP-Strategieplans in Sachsen-Anhalt für die Förderperiode 2023-2027“ vorgegeben. Die Gestaltungsleitlinien stehen auf dem Europaportal unter Europa und Internationales: Förderperiode 2023 bis 2027 ELER ([sachsen-anhalt.de](https://www.sachsen-anhalt.de)) zur Verfügung.

- die Bewilligungsbehörde zum Zweck der Evaluierung der Fördermaßnahme weitere Daten anfordern kann.
- in den Folgejahren nach der Bewilligung Buchführungsunterlagen bei der Bewilligungsbehörde einzureichen sind.

Mit der Unterschrift bestätigt der Antragstellende, dass die Angaben und Erklärungen in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen wahrheitsgemäß und vollständig abgegeben worden sind, die Hinweise im Dokument zur Kenntnis genommen worden sind und als verbindlich gelten.

Ort, Datum	Unterschrift des antragstellenden Junglandwirtes